IPG

INTERVIEWS 08.06.2017

Es geht um Geopolitik und weniger um Religion

Wie die Anschläge in der iranischen Hauptstadt die Rhetorik zwischen Teheran und Riad befeuern.

In Teheran wurden Anschläge auf das Parlament und auf das Mausoleum von Staatsgründer Khomeini verübt. Welche Hintergründe haben diese Anschläge?

Iran hat in den vergangenen Jahren immer wieder Angriffe von Terroristen erlebt, allerdings fanden diese an den Grenzregionen zu Pakistan, Afghanistan und Irak statt. Dort traf es in der Regel iranische Grenzpolizisten, die von terroristischen Gruppen angegriffen wurden. Die Anschläge in Teheran senden durch ihre Ziele ein politisches Signal: Mit dem Parlament, wurde die Repräsentanz der Bevölkerung, mit dem Mausoleum Ajatollah Khomeinis ein Erinnerungsort des Systems attackiert. Nach bisherigen Informationen waren alle Angreifer iranische Staatsbürger. Man hat sich aber bislang damit bedeckt gehalten, aus welchen Regionen des Landes sie stammen. Dass sie Iraner sind, schließt natürlich nicht aus, dass es aus dem Ausland gesteuerte Angriffe gewesen sind. Äußerst problematisch waren jüngste Aussagen des Vizekronprinzen Saudi-Arabiens, Mohammad bin Salman, der in einem Fernsehinterview sagte, man werde die Schlacht gegen den Rivalen in Iran austragen". Ebenso provokativ waren Aussagen des saudischen Außenministers Adel Al-Jubeir, der am Vortag des Anschlags sagte, Iran müsse für seine Rolle in der Region "bestraft werden". Diese Aussagen führen natürlich in Iran zur Wahrnehmung, dass Saudi-Arabien hinter dem Anschlag stecken könnte. Erste Statements der Revolutionsgarden, die in voller Stärke an den Anschlagsorten zugegen waren, zeigen den Finger auf Riad. Die Schuldfrage bezüglich des Hintergrunds dieser Angriffe ist in Teheran also schnell geklärt.

Was bedeutet diese Schuldzuweisung für das sunnitisch-schiitischen Verhältnis in der Region?

Der höchste sunnitische Geistliche in Iran, Scheich Abdolhamid Molana, hat in deutlichen Worten die Anschläge in Teheran verurteilt. In den sunnitisch geprägten Regionen Irans – in Kurdistan und in Sistan und Belutschistan – erzielte Hassan Rouhani bei der Präsidentschaftswahl am 19. Mai mit je 73 Prozent in beiden Provinzen das landesweit beste Ergebnis. Die Konfessionsfrage stellt sich in Iran selbst zunächst wesentlich weniger, als wir gemeinhin von außen auf das Land schauend annehmen. Natürlich werden jedoch mithilfe ideologischer Aufladung geopolitische Konflikte wie der besagte Sunni-Schia-Konflikt heraufbeschworen. Und während die Kämpfe von Syrien über Irak bis hin zu Afghanistan, Jemen und Bahrain sicher eine religiöse Dimension haben, geht es in allererster Linie um knallharte geopolitische Sicherheitsinteressen. Wovon auszugehen ist, ist eine Eskalation der Rhetorik und der Machtprojektion. Saudi-Arabien möchte Iran aufzeigen, dass es verwundbar ist. Ebenso wird Iran nun Saudi-Arabien zeigen wollen, dass es jederzeit zurückschlagen kann. Dabei geht unter, welche Anschläge überhaupt von wem tatsächlich zu verantworten sind. Dass der saudische Außenminister Adel Al-Jubeir bei der Pressekonferenz nach dem Gespräch mit Außenminister Sigmar Gabriel die Frage eines Journalisten nach seiner Einschätzung der Anschläge in Teheran mit "No comment. Next Question" abtut, ist in Teheran ebenso schlecht angekommen wie das fast schon schadenfreudig anmutende Statement des Weißen Hauses, das im Kern aussagt, Iran ernte, was es sähe. Solche Aussagen werden die Feindseligkeiten in der Region zuspitzen – die religiöse Dimension ist dann lediglich Ausdruck dieser Feindseligkeiten, nicht aber ihr Ursprung.

Welche Rolle spielt die Isolierung Katars, die gerade von Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und Bahrain vorangetrieben wird. Diese Staaten werfen Katar vor, Terroristen zu unterstützen. Vor allem aber gefällt Saudi-Arabien die Nähe Katars zu Iran nicht.

Iran wird es im ersten Moment nicht missfallen, die offengelegte, fehlende Kohäsion zwischen den GCC-Staaten zu beobachten. Jedoch ist es nicht in Irans Interesse, dass in seiner unmittelbaren Nachbarschaft neue Konflikte heranwachsen. Die Aussagen aus Teheran nach diesem Zerwürfnis waren allesamt Aufrufe zum Dialog. Irans Verhältnis zu Katar ist keineswegs ein einfaches und funktionales. Aber es gibt klare, gemeinsame Interessen aufgrund des geteilten Gasfelds, welches in einem gemeinsamen Sicherheitsarrangement von der Marine der Revolutionsgarden im Persischen Golf beschützt wird. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate verurteilen seit jeher die Unterstützung der Kataris für die Muslimbruderschaft. So stand man in Ägypten und

Tunesien auf gänzlich unterschiedlichen Seiten. Während Katar die Muslimbrüder in Ägypten und die Ennahda in Tunesien unterstützte, wollte Saudi-Arabien sowohl Husni Mubarak in Kairo und Ben Ali in Tunis halten. Iran spielte bei diesen Entwicklungen keine bedeutende Rolle und hat stets versucht, den Kontakt zur erstarkenden politischen Strömung zu suchen. Dass diese den Muslimbrüdern, einer durch und durch sunnitischen Organisation, angehörten, war Teheran völlig egal. Schließlich ging es um rein politische Beziehungen. Die Türkei-Reise vom iranischen Außenminister Javad Zarif und sein Treffen mit Präsident Erdogan zeigt Irans Bemühung, mit einflussreichen Akteuren der Region für eine Beruhigung der Lage zu sorgen, statt sich etwa deutlich auf die Seite Katars zu stellen. Zudem ist bekannt, dass Außenminister Zarif mit der Hohen Repräsentantin der Europäischen Union, Federica Mogherini, über die jüngsten Entwicklungen sprach. All dies verdeutlicht, dass Iran in der augenblicklichen GCC-Krise eher auf Schadensbegrenzung aus ist, statt etwa Nutznießer dieses Zerwürfnisses sein zu wollen. Dafür wären neue mögliche Konflikte einfach zu nah an der Islamischen Republik.

Die Fragen stellte Hannes Alpen.



Adnan Tabatabai
Berlin

Adnan Tabatabai ist Geschäftsführer des Forschungszentrums CARPO und berät Bundestagsabgeordnete, das Auswärtige Amt, politische Stiftungen sowie Autoren und Journalisten zu politischen Fragen rund um den Iran. Er bietet zudem Kurse zur soziologischen und politikwissenschaftlichen Betrachtung des Nahen und Mittleren Ostens an.